
Günter Pehl

Deutsche Wirtschaft 1979/80:

Höhepunkt eines kräftigen Aufschwungs überschritten —
1980 ein Jahr großer Herausforderungen

Günter Pehl, geboren 1923 in Stettin, studierte Volkswirtschaft; 1952 wurde er Referent für finanz- und steuerpolitische Fragen im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut (WWI) der Gewerkschaften. Er ist verantwortlicher Redakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“ und seit langem Mitarbeiter der Gewerkschaftlichen Monatshefte; zuletzt schrieb er in Heft 1/79.

Die Entwicklung im Jahre 1979

Der Beobachter der Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik konnte am Jahreswechsel auf ein Jahr 1979 zurückblicken, das im Zeichen eines kräftigen wirtschaftlichen Aufschwungs stand. Die Aussichten für das neue Jahr sind indessen nicht so günstig, wenngleich auch zunächst nur eine leichte Abschwächung des Wachstumstempos zu erwarten ist. Aber im Hintergrund steht die Sorge, daß die erneute Verknappung und Verteuerung des Öls weltwirtschaftliche Folgen haben wird, die denen der Jahre 1974/75 gleichen. Alle Voraussagen für den weiteren Verlauf des Jahres hängen mehr als sonst in der Luft. Sie sind mit dem Risiko unvorhersehbarer außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Ereignisse behaftet.

Versucht man in einer knappen Skizze die Entwicklung der Volkswirtschaft im vergangenen Jahr 1979 sowie die Aussichten für das neue Jahr 1980 zu zeichnen, dann entsteht folgendes Bild:

- Im Sommer 1978 hatte ein Wirtschaftsaufschwung eingesetzt, der sich 1979 noch verstärkte. Das ganze Jahr über befand sich die Volkswirtschaft in einer kräftigen Expansion.
- Zum Jahresende 1979 wurde der Höhepunkt der Expansion erreicht und überschritten. Seitdem bahnt sich eine allmähliche Abschwächung des Wachstumstempos an.
- Die Hauptursachen hierfür sind die politischen Umwälzungen im Iran und die dadurch ausgelöste erneute Verknappung und extreme Verteuerung des Öls, des zur Zeit wichtigsten Energieträgers der westlichen Industriestaaten. Die hohen Preissteigerungen für Rohöl und Mineralölerzeugnisse, aber auch für andere Rohstoffe, führt bei vielen dieser Länder zu Zahlungsbilanzdefiziten und zur Konjunkturabschwächung, zumal Staat und Notenbanken meist Maßnahmen ergriffen haben, die die Preissteigerungen bremsen sollen und tatsächlich die Nachfrage spürbar bescheiden. Davon ist auch die Auslandsnachfrage nach deutschen Waren betroffen.
- Im abgelaufenen Jahr war indessen die Ausfuhr noch eine starke Antriebskraft. Dies wird wahrscheinlich 1980 nicht mehr so sein. Hauptträger der Wirtschaftsexpansion waren und sind die privaten Investitionen. War der Wirtschaftsaufschwung 1978 noch hauptsächlich die Folge staatlicher Konjunkturförderung, so haben ihn 1979 die Kräfte der privaten Wirtschaft selbst getragen. Vom privaten Verbrauch gingen allerdings, anders als in früheren Jahren, 1979 keine expansiven Einflüsse aus.
- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich etwas entspannt. Immerhin konnten rund 300 000 Personen mehr als 1978 Beschäftigung finden. Die Arbeitslosenzahl ging allerdings nur um rund 120 000 auf 875 000 im Jahresdurchschnitt zurück. Der Unterschied zwischen Zunahme der Beschäftigtenzahl und Abnahme der Arbeitslosenzahl erklärt sich unter anderem daraus, daß ein geburtenstarker Jahrgang die Schulen verließ und ins Erwerbsleben trat.
- Neben der immer noch zu hohen Arbeitslosigkeit war 1979 der verstärkte Preisauftrieb ein schwarzer Flecken auf dem im ganzen erfreulich hellen Bild der Wirtschaftslage. Hauptquellen des Preisauftriebs waren das Ausland (Einfuhrpreise), das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage im Bausektor und staatliche Maßnahmen (Erhöhung von Gebühren und der Mehrwertsteuer). Alles zusammen führte zu einer Verteuerung der Lebenshaltung 1979 gegenüber 1978 (jeweils Durchschnitt) um gut 4,3 %, während die Verbraucherpreise 1978 mit + 2,6 % so niedrig wie nie zuvor in den 70er Jahren gestiegen waren.
- In der Zeit vom Oktober bis zum Jahresende 1979 wurden die Voraussagen für 1980 immer pessimistischer. Hierzu haben insbesondere die Preiserhöhungsabsichten und -beschlüsse der in der OPEC zusammengeschlossenen Olausfuhrländer beigetragen. Auch wer den Konjunkturpessimismus nicht teilt, muß doch damit rech-

nen, daß das Tempo des Wirtschaftswachstums im Laufe des Jahres 1980 erheblich nachlassen wird. Für das ganze Jahr erwarten die meisten Konjunkturbeobachter eine reale (vom Preisanstieg bereinigte) Zunahme des Sozialprodukts von 1,5 bis 2,5 %. Dabei dürfte die Zuwachsrate in der ersten Jahreshälfte höher, im 2. Halbjahr niedriger sein. Die Verbraucherpreise werden im Jahresdurchschnitt etwa so stark steigen wie in diesem Jahr, nämlich um 4 bis 4,5 %. Die spürbare Abschwächung wird einen erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge haben, zumal auch 1980 ein geburtenstarker Jahrgang ins Arbeitsleben eintritt.

- Die staatliche Wirtschaftspolitik ist deshalb aufgerufen, rechtzeitig wirtschaftsbelebende Maßnahmen zu ergreifen. Auf keinen Fall dürfen Bund, Länder und Gemeinden ihren finanzpolitischen Kurs des Schuldenabbaus und einer zu starken Sparsamkeit fortsetzen. Beide an sich lobenswerten Zielsetzungen würden konjunkturpolitisch zur falschen Zeit angestrebt.
- Erst recht ist ein Kurswechsel in der Bundesbankpolitik erforderlich. Die Bundesbank hat fast während des ganzen Jahres 1979 eine Politik betrieben, die auf eine Verringerung der Geldmenge und eine Dämpfung des Preisauftriebs abzielte. Die Bremsen haben gegriffen. Würde diese Politik fortgesetzt, dann entstünde die Gefahr, daß die Volkswirtschaft in eine Rezession abrutscht; die Bundesbank würde den verhängnisvollen Fehler des Überdrehens der Konjunkturbremsen von 1974/75 wiederholen.

Reales Sozialprodukt wuchs 1979 um 4,4 Prozent

Das Tempo des Wirtschaftswachstums war 1979 in den vier Quartalen nahezu gleichmäßig. Verglichen mit 1978 stieg das Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik im Durchschnitt des Jahres 1979 *real* (Preissteigerungen ausgeschaltet) um rund 4,4 % an. Im Bruttosozialprodukt findet die gesamtwirtschaftliche Leistung der Bevölkerung eines Staates ihren zahlenmäßigen Ausdruck. Rechnet man in den Preisen des Jahres 1978, dann betrug das Bruttosozialprodukt im vergangenen Jahr rund 1395 Mrd. DM. Das waren gut 115 Mrd. DM oder 8,3 % mehr als 1978.

In ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1979, der im Januar 1979 veröffentlicht wurde, schätzte die Bundesregierung für das vergangene Jahr einen realen Zuwachs des Bruttosozialprodukts um rund 4 % voraus. Eine Zuwachsrate in dieser Höhe hatten bereits zuvor, Ende 1978, der Sachverständigenrat und die Wirtschaftsforschungsinstitute vorausgesagt. Diese Prognosen haben sich bestätigt. Der tatsächliche Zuwachs ist sogar noch etwas größer ausgefallen (4,4 %). Mit dieser noch etwas günstigeren Entwicklung im Zusammenhang steht, daß für 1979 allenfalls eine Zunahme der Beschäftigtenzahl um 0,5 %, von einigen Instituten überhaupt keine Zunahme erwartet wurde; tatsächlich nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um gut ein Prozent zu. Von allen Konjunkturbeobachtern wurde der Preisauftrieb erheblich unterschätzt. Bei den Verbraucherpreisen lagen die Voraussagen

zwischen 3 und 3,5 %. Die Verbraucherpreise stiegen aber um durchschnittlich fast 4,5 %. Allerdings lag den Prognosen die Annahme zugrunde, daß keine neue Explosion der Ölpreise erfolgt. Genau dies ist aber geschehen. Zusammen mit der Verteuerung anderer Rohstoffeinfuhren, die auch nicht in dem erfolgten Ausmaß erwartet wurde, dürfte gut ein Prozentpunkt des Preisanstiegs auf diese öl- und rohstoffbedingten Faktoren entfallen, so daß auch die Preisprognosen gar nicht so falsch waren. Anders als in früheren Jahren waren die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen für 1978 also ziemlich treffsicher.

Der reale Sozialproduktszuwachs im Jahre 1979 in Höhe von rund 4,4 % ist zum weitaus überwiegenden Teil eine Folge der gestiegenen Produktivität. Die Leistung je Erwerbstätigenstunde (das ist die gesamtwirtschaftliche Produktivität) stieg 1979 um gut 3,5 % an. Da zugleich die Beschäftigtenzahl um reichlich 1 % zunahm, konnte ein leichter Rückgang der jährlichen Arbeitszeit je Beschäftigten (um rund 0,5 %) mehr als aufgewogen werden.

Die Produktionskapazitäten waren 1979 spürbar besser ausgelastet als 1978, dennoch wurde im Durchschnitt der verarbeitenden Industrie die „Normalauslastung“ noch nicht wieder erreicht. Wie das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung ermittelte, lag der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten der verarbeitenden Industrie im September 1979 bei 84,5 % gegenüber 81,3 % ein Jahr zuvor. Aber auch der Wert vom September 1979 war noch um etwa 2,5 Prozentpunkte niedriger als das Niveau, das nach dem Urteil der befragten Industriefirmen als normal anzusehen ist. Selbst bei den konjunkturell begünstigten Herstellern von Investitionsgütern war die Auslastung im September 1979 zwar gegenüber dem Vorjahr um 3 % auf 83,4 % angestiegen, sie lag aber noch um mehr als 3 Prozentpunkte unter dem Gipfelwert von 1963.

Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

Der Wirtschaftsaufschwung brachte 1979 eine spürbare Entspannung auf dem Arbeitsmarkt mit sich. Erstmals seit 1974 — dem Jahr, in dem die Rezession begann — lag die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt mit 3,8 % wieder unter der 4%-Marke. Die Zahl der Arbeitslosen nahm von 993 000 im Jahresdurchschnitt 1978 um fast 120 000 auf 875 000 ab. Die Zahl der Beschäftigten stieg indessen um rund 340 000 und damit erheblich stärker, als die Arbeitslosenzahl abnahm. Ein wichtiger Grund für diesen Unterschied ist, wie bereits erwähnt, die Entlassung eines geburtenstarken Jahrganges in das Arbeitsleben. Auch bei günstiger Wirtschaftsentwicklung läßt sich die Arbeitslosigkeit offensichtlich nur langsam abbauen. Sie konzentriert sich auf strukturschwache Gebiete und auf bestimmte Personengruppen, z.B. Frauen, ältere Arbeitnehmer. Hier kann nur mit gezielten Maßnahmen geholfen werden.

So hatten 1979 die Landesarbeitsamtsbezirke Baden-Württemberg (2,1 %) und

Hessen (2,9 %) Arbeitslosenquoten unter 3 % bei einem Bundesdurchschnitt von 3,8 %; aus heutiger Sicht würde man für diese beiden Länder beinahe von Vollbeschäftigung sprechen. Andererseits hatten Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen Arbeitslosenquoten von je 4,7 %, und es gab (und gibt) in Ostfriesland, im Zonenrandgebiet, im Ruhrgebiet und im Saarland eine Reihe von Arbeitsamtsbezirken, in denen die Arbeitslosenquote über 6 % lag. Für diese Arbeitsamtsbezirke — insgesamt waren es 23 - hat die Bundesregierung im Sommer 1979 mit einem besonderen arbeitsmarktpolitischen Programm im Gesamtvolumen von 500 Mill. DM begonnen.

Sieht man sich die Struktur der Arbeitslosen an, dann fällt sofort die hohe Frauenerwerbslosigkeit ins Auge. Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen sind weiblich, obwohl nur jeder dritte Arbeitnehmer eine Frau ist. Im Durchschnitt 1979 betrug die Arbeitslosenquote bei den Männern 2,9 %, bei den Frauen dagegen 5,2 %. Die Arbeitsmarktlage ist für Frauen also deutlich schlechter als für Männer. Ein Grund hierfür ist sicherlich, daß viele Frauen einen Teilzeitarbeitsplatz suchen - man schätzt, daß daran etwa ein Drittel der arbeitslosen Frauen interessiert sind —, solche Arbeitsplätze aber längst nicht der Nachfrage entsprechend angeboten werden. Ein weiterer Grund ist wohl, daß die Zahl der Frauen, die berufstätig sein wollen, immer mehr steigt - eine Entwicklung, die in den achtziger Jahren vermutlich Probleme aufwerfen, die aber - so ist wenigstens der Eindruck - noch nicht genügend beachtet wird. Jedenfalls hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geschätzt, daß das Erwerbspersonenpotential (die Zahl der Personen, die berufstätig sind oder sein möchten) von 1975 bis 1979 bei den Frauen um rund 150 000 zugenommen hat, bei den Männern dagegen um etwa 200 000 gesunken ist. Schließlich spielt bei den arbeitslosen Frauen eine Rolle, daß sie häufiger als Männer keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Von den Arbeitslosen insgesamt (Männer und Frauen), die im September 1979 registriert waren, hatten 55,4 % keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Erfreulicherweise hat die Jugendarbeitslosigkeit abgenommen. Ende November 1979 waren fast 65 000 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos, darunter überdurchschnittlich viele Ausländer. Die Arbeitslosenquote betrug im November bei den Jugendlichen 3,1 %, insgesamt jedoch 3,5 % (von den Ausländern waren 4,6 % der Erwerbspersonen arbeitslos).

Die Zahl der älteren und der gesundheitlich behinderten Arbeitslosen hat dagegen zugenommen. Im September 1979 war jeder sechste Arbeitnehmer älter als 55 Jahre, und jeder dritte war gesundheitlich in seiner Berufsfähigkeit eingeschränkt. Aus solchen und anderen Gründen sind viele Arbeitslose nur schwer oder gar nicht vermittlungsfähig. Ohne Einschränkung vermittlungsfähig dürften - im Jahresdurchschnitt - nicht viel mehr als die Hälfte der Arbeitslosen sein, wobei viele noch das Handicap einer fehlenden oder nicht abgeschlossenen Berufsausbildung haben.

Private Investitionstätigkeit war die stärkste Antriebskraft

Die private Investitionstätigkeit war 1979 die stärkste inländische Antriebskraft für die Konjunktur - über die Auslandsnachfrage wird noch zu sprechen sein. Die jahrelange Investitionsschwäche ist überwunden. Real (preisbereinigt) wendeten die Unternehmen 1979 gut ein Zehntel mehr für Ausrüstungsinvestitionen (Produktionsapparaturen, Maschinen, Geräte, Lkw) auf als 1978. Nach einer repräsentativen Befragung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung war die Investitionsbereitschaft im Herbst 1979 ungebrochen. Fast die Hälfte der regelmäßig befragten Unternehmen wollten 1980 mehr als 1979 investieren, und gut ein Drittel der Firmen plante etwa gleich hohe Anlagenzugänge. Dabei spielen Rationalisierungen sowie Modernisierungen mit der Anpassung an technische Neuerungen die entscheidende Rolle als Investitionsmotiv. Nur knapp ein Viertel der Unternehmen will ihre Kapazität erweitern. Insgesamt werden die Investitionen 1980 zu einer Ausweitung der Produktionskapazität um reichlich 2 % führen.

Im Vergleich zu den letzten Jahren hat die Zahl der Unternehmen, die ihre Produktionskapazität erweitern wollen, allerdings zugenommen - 1977 hatten 15 % dieses Investitionsmotiv an erster Stelle genannt. Die verstärkte Bereitschaft zur Kapazitätserweiterung spiegelt sich in der Auftragszunahme für gewerbliche Bauten wider, die auch real das ganze Jahr 1979 über anhielt. Dagegen hat die Baunachfrage insgesamt offenbar bereits im Sommer 1979 ihren Höhepunkt überschritten. Das gilt vor allem für den Wohnungsbau. Dort tendieren die Aufträge schon fast ein Jahr lang als Folge zu stark wachsender Bau-, Grundstücks- und Finanzierungskosten nach unten. Allerdings ist der Auftragsbestand immer noch so hoch, daß er nur langsam abschmelzen wird; im Herbst 1979 war er um 15 % höher als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Baugenehmigungen ist 1979 gegenüber 1978 zwar um etwa ein Fünftel auf rund 330 000 Wohnungen zurückgegangen, dennoch kann sowohl für 1979 als auch für 1980 mit der Fertigstellung von jeweils etwa 400 000 Wohnungen gerechnet werden. Wegen der Überforderung der Bauwirtschaft im abgelaufenen Jahr haben einige öffentliche Auftraggeber, wie der Bund, ihre Bauaufträge zeitlich gestreckt.

Insgesamt haben die Bauinvestitionen 1979 um real 7 % zugenommen - bei einer nominalen Erhöhung von knapp 17 %. Daß die Baupreise um fast ein Zehntel stiegen, ist nicht zuletzt eine Folge der Krise in der Bauwirtschaft nach dem Bauboom Anfang der 70er Jahre. Damals betrieb die Bundesbank eine rigorose Politik der Verknappung und Verteuerung des Geldes, die zusammen mit der hohen Steigerung der Bau- und Grundstückspreise zum Zusammenbruch vieler Baufirmen und zu einer starken Schrumpfung der Produktionskapazitäten führte. Im Aufschwung der Jahre 1978/79 reichte dann das Angebot der Baufirmen nicht mehr aus, um die steigende Nachfrage nach Bauleistungen ohne Störungen befriedigen zu können.

Nur schwache Zunahme des privaten Verbrauchs

Von der Anfang 1979 in Kraft getretenen Steuersenkung ging zunächst eine belebende Wirkung auf den privaten Verbrauch aus. Etwa von der Jahresmitte an verlangsamte sich aber der Anstieg des privaten Verbrauchs. Hierzu trugen die Preissteigerungen, insbesondere bei Heizung und Energie, entscheidend bei. So waren die Preise für leichtes Heizöl im November fast doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor. Insgesamt stiegen die Verbraucherpreise im 2. Halbjahr 1979 um knapp 5,3 % an, während die Teuerungsrate in der ersten Jahreshälfte 3,3 % betrug.

Diese Beschleunigung des Anstiegs der Verbraucherpreise bewirkte, daß die Kaufkraft der Löhne und Gehälter gegen Ende des Jahres kaum noch höher war als vor Jahresfrist; im 1. Halbjahr war sie dagegen noch gewachsen. Je Arbeitnehmer waren die Nettolöhne und -gehälter in der ersten Jahreshälfte 1979 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um knapp 6,5 % gestiegen; zieht man die gleichzeitigen Preissteigerungen ab, verblieb ein Kaufkraftzuwachs von rund 3 %. Im 2. Halbjahr stand jedoch einer Erhöhung der Nettolöhne und -gehälter pro Kopf von fast 6 % ein Anstieg der Verbraucherpreise um knapp 5,3 % gegenüber: die Kaufkraft war demnach nur noch um etwa 0,5 % höher als ein Jahr zuvor.

Da die Zahl der Arbeitnehmer im 2. Halbjahr um 1 bis 1,5 % zugenommen hatte, war die reale Nettolohn- und -gehaltssumme um 1,5 bis 2 % gestiegen. Offenbar wurde nicht mehr in gleichem Maße gespart wie in der ersten Jahreshälfte. Denn immerhin stieg der private Verbrauch im 1. Halbjahr gegenüber der gleichen Vorjahreszeit noch um knapp 3 % an.

Gewinne lagen 1979 vorn

Was die Einkommen anbelangt, so war 1979 für die Unternehmer (einschließlich der Freiberufler) insgesamt ein wesentlich besseres Jahr als für die Arbeitnehmer. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen 1979 gegenüber 1978 *brutto* um 9,4 % *und netto* sogar um 10,5 % an¹, verglichen mit einem Anstieg der Nettolöhne und -gehälter von 7 %. Die Differenz wird bei den Pro-Kopf-Einkommen noch größer, da die Zahl der Arbeitnehmer 1979 um 1,3 % zugenommen hatte, die Zahl der Selbständigen aber ungefähr gleichgeblieben ist.

Die Löhne haben jedenfalls zu der Beschleunigung des Preisauftriebs nicht beigetragen. Alle Seiten, auch die Bundesbank, haben den Gewerkschaften eine maßvolle Lohnpolitik im Jahre 1979 bescheinigt. Soweit das verstärkte Drehen an der Preisschraube „hausgemacht“ ist, trifft dies in erster Linie auf die Baupreise zu; sie stiegen um fast ein Zehntel an. Die Mehrwertsteuererhöhung um 1 Prozentpunkt

¹ Diese Zahl ist dem Jahresgutachten 1979/80 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Bundestags-Drucksache 8/3420), S. 123 entnommen. Vermutlich werden die endgültigen Daten für die Unternehmer noch etwas günstiger ausfallen.

(bzw. um 0,5 % beim ermäßigten Steuersatz, z.B. für Nahrungsmittel) auf 13 (6,5) % ab 1. Juli 1979 hat ebenfalls zum Ansteigen der Verbraucherpreise beigetragen — so war es ja auch vom Gesetzgeber beabsichtigt gewesen.

Die Hauptinflationsquellen waren indessen die internationalen Rohstoffmärkte. Nach dem Rohstoffindex des Hamburger HWWA-Instituts stieg das Niveau der Rohstoffpreise auf Dollarbasis von März bis September 1979 um 22 % an; Ende September betrug der Anstieg im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitpunkt sogar 32 %. Dies war die stärkste Preissteigerung seit der Rohstoffhausse in den Jahren 1972 bis 1974. Dabei beschränkte sich die Preistreiberei durchaus nicht auf das Rohöl. Sie erfaßte vielmehr die meisten Nahrungsmittel, Industrierohstoffe und die Metalle, deren Preise 1979 z. B. gegenüber 1978 um 34 % anstiegen.

Rohölpreise stiegen um 65 Prozent

Am empfindlichsten wirkte sich für die westlichen Volkswirtschaften freilich die Verteuerung des Rohölpreises aus. Im November 1979 war der Durchschnittspreis je Tonne Rohöl (frei deutsche Grenze) mit 330,24 DM um 65 % höher als 1978. Die Bundesrepublik muß also - auf das Jahr gerechnet - bei gleicher Einfuhrmenge rund 15 Mrd. DM mehr aufwenden - reichlich 1 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Die tatsächlichen und weiterhin befürchteten hohen Preissteigerungen auf den Rohstoffmärkten im vergangenen Jahr haben zu einer ungewöhnlich hohen Aufstockung der Vorratslager und damit zu einer extremen Ausweitung der Einfuhr beigetragen. Im 3. Vierteljahr 1979 war die Wareneinfuhr z.B. um 27 % höher als vor Jahresfrist. Die Hälfte dieses Zuwachses entfiel allerdings auf den Preisanstieg. Preisbereinigt betrug die Zuwachsrate aber immer noch 13,2 %. Im ganzen Jahr 1979 wird die Einfuhr nominal um rund ein Fünftel, real um gut ein Zehntel angestiegen sein².

Die Ausfuhr blieb hinter der Einfuhr zurück. Sie stieg 1979 real um 7 %, nominal um rund 10 % an. Auf Grund der beträchtlichen (nominalen) Wachstumsunterschiede zwischen Einfuhr und Ausfuhr blieb 1979 die für die Bundesrepublik typische Überschußposition in der Außenhandelsbilanz 1979 erheblich hinter 1978 zurück. Der Überschuß verringerte sich von 41 Mrd. DM 1978 auf rund 23 Mrd. DM im vergangenen Jahr. Nimmt man die übrigen Posten der Leistungsbilanz (Dienstleistungen und Übertragungen), die von jeher passiv sind, hinzu, dann hat sich 1979 ein großer Umschwung im Leistungsbilanzsaldo ergeben. Erstmals seit 1965 ist ein Defizit entstanden. Wurde 1978 noch ein Überschuß von knapp 16 Mrd. DM erzielt, so entstand 1979 ein Defizit, das Mitte Dezember von der Bundesbank auf etwa 8 Mrd. DM geschätzt wurde.

² Dieser Bericht wurde am 20. Dezember 1979 abgeschlossen. Die Zahlen für das Jahr 1979 beruhen auf Angaben über die tatsächliche Entwicklung in den ersten neun oder zehn Monaten des Jahres.

Eine fragwürdige Voraussage für 1980

Soweit die Lage zum Jahresende 1979. Die Prognosen für 1980 wurden in den letzten Wochen des Jahres immer pessimistischer. Die Wirtschaftsforschungsinstitute machten erhebliche Abstriche an ihren schon von vornherein nicht gerade rosigen Voraussagen. Die Ende des Jahres 1979 erfolgten erneuten Erhöhungen der Rohölpreise durch die Öllieferländer waren die Ursache für diese Korrekturen. Nach Ansicht des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung zeichnet sich sogar für die Konjunktur der achtziger Jahre eine „dramatische Situation“ ab³. Dagegen blieb die Bundesregierung bei ihrer im ganzen optimistischen Beurteilung der Wirtschaftsaussichten für 1980. Wirtschaftliche Voraussagen sind schon in relativ ruhigen Zeiten riskant. Sie werden noch fragwürdiger, wenn die Versorgung mit dem wichtigsten Energieträger, dem Rohöl, gefährdet ist. Die politischen Entwicklungen in wichtigen Rohölländern, die Entscheidungen ihrer Regierungen über Ölproduktion und Ölpreise sind kaum noch kalkulierbar. Niemand kann heute etwa voraussagen, wie sich eine Zuspitzung des Konflikts der USA mit dem Iran auf die Ölversorgung auswirken wird. Andererseits sind Vorstellungen über die künftige Wirtschaftsentwicklung unentbehrlich. Prognosen müssen gemacht werden, aber man darf sich an ihnen nicht allzusehr festhalten.

Die eben dargelegten Einschränkungen vorausgesetzt, kann angenommen werden, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung im 1. Halbjahr 1980 zwar etwas gegenüber dem 2. Halbjahr 1979 abschwächen, im ganzen aber noch freundlich sein wird. Dagegen müssen für die zweite Jahreshälfte, jedenfalls *ohne* einen rechtzeitigen Kurswechsel in der Bundesbank- und in der Finanzpolitik, starke Gefährdungen für das Wachstum und wieder eine höhere Arbeitslosigkeit befürchtet werden. Für das ganze Jahr 1980 ist dann eher eine Halbierung der Wachstumsrate von 1979 zu befürchten. Das wäre ein Zuwachs von nur gut 2 % -möglicherweise sogar darunter - statt der von der Bundesregierung erwarteten 3 %. Die Arbeitslosenzahl würde sich dann wohl wieder der Millionenmarke nähern.

Hohe Auslandsbestellungen, insbesondere von Investitionsgütern, werden zunächst noch eine befriedigende Ausfuhrentwicklung zur Folge haben. Aber die Verteuerung des Rohöls und die Unfähigkeit vieler Öllieferländer, ihre Öleinnahmen auch wieder zum weitaus größten Teil für Käufe in den Ölempfängerländern zu verwenden, werden den Welthandel spürbar dämpfen. Wachsende Zahlungsbilanzdefizite bei vielen Außenhandelspartnern und - wegen der hohen Preissteigerungsraten - nachfragebeschränkende Maßnahmen von Regierungen und Notenbanken in diesen Ländern werden auch die Nachfrage nach deutschen Waren vermindern. Die Investitionstätigkeit wird 1980 die stärkste Antriebskraft bleiben. Dagegen muß damit gerechnet werden, daß der private Verbrauch nicht mehr, vielleicht sogar weniger als 1979 wachsen wird. Die nach der Steuersenkung von 1979 wiedereinsetzende Steu-

3 „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 19. 12. 1979, S. 11. Siehe auch das „Handelsblatt“ vom gleichen Tage, S. 1.

erprogression und ein Preisanstieg, der eher bei 5 als bei 4 % liegen dürfte, lassen den realen Wert der zu erwartenden Lohnabschlüsse stark schrumpfen. Die diesjährige Tarifrunde hat deshalb nicht zuletzt die Aufgabe, die Kaufkraft so zu erhöhen, daß ein Abgleiten in eine rezessive Entwicklung unmöglich wird.

Bundesbank und Staat müssen ihren Kurs wechseln

Die Bekämpfung des Preisauftriebs kann nicht mehr länger als die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe des Jahres 1980 angesehen werden. Neben dem Ziel der Preisstabilität ist das Wachstums- und Beschäftigungsziel gleichermaßen gefährdet. Deshalb ist eine Kursrevision in der Geld- und in der Finanzpolitik dringend erforderlich, zumal neue Maßnahmen viele Monate brauchen, bis sie voll wirksam sind. Wenn die Bundesbank ihre restriktive - auf Verknappung und Verteuerung des Geldes gerichtete - Politik nicht bald spürbar lockert, entsteht die Gefahr, daß sie im weiteren Verlauf des Jahres 1980 die letzten dann noch vorhandenen Auftriebskräfte abwürgt und damit — ähnlich wie 1974/75 — wesentlich zum Abrutschen in eine Rezession beiträgt. Aber auch der Staat muß seine vorrangig auf Schuldenabbau gerichtete Finanzpolitik korrigieren und sich auf den Abschwung einstellen. Auf jeden Fall müssen die öffentlichen Investitionen 1980 *real* wieder stärker steigen. Pläne, die auf Personaleinsparung zielen, sind völlig unzeitgemäß.